

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

№ 12.

Diese Zeitung erscheint alle 14 Tage Sonnabends.
Preis pro Quartal durch die Post bezogen 66 Pf.
Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.
Geschäftsinferate pro 3gepalt. Zeile oder deren
Raum 25, f. Zahlst. 15 Pf. Off.-Annahme 10 Pf.

Hannover,
Sonnabend, 11. Juni 1904.

Verlag:
A. Bohrborg, Hannover, Streintorstraße 6.
Verantwortlicher Redakteur:
August Breg, Hannover, Schillerstraße 5.
Druck von Börske & Böber, Hannover.

13. Jahrg.

Die Arbeitskraft muß geschützt werden!

Von Brutus.

Der Lohnarbeiter, der nichts besitzt als seine Arbeitskraft, muß vor dem Wucher mit ihr unbedingt geschützt werden! So schrieb vor kurzem in einem lichten Augenblick die agrarisch gestimmte „Deutsche Tageszeitung“, das Organ des bekannten Knuten-Dertel, und gab dadurch einer Ueberzeugung Ausdruck, die in den Kreisen denkender Arbeiter und verständiger Sozialpolitiker längst zum Ausdruck gekommen ist. Wenn irgendwo in der heutigen Gesellschaft der Grundsatz: „Gleiches Recht für alle!“ gröblich und rücksichtslos verletzt wird, so geschieht dies in dem Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit. Unser ganzes heutiges „bürgerliches“ Recht ist auf eine Bevorzugung der Kapitalbesitzer gegenüber den Besitzern der Arbeitskraft zugeschnitten und die ungleiche Behandlung dieser beiden Klassen springt überall in die Augen. Das heute geltende Recht beruht eben auf der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und spiegelt die Rechtsbegriffe der vom Kapitalismus durchseuchten Bourgeoisie wieder, weshalb man auch sehr richtig von einem „bürgerlichen Gesetzbuch“ spricht. Erst hier und da zeigen sich Ansätze zu einem dem modernen Sozialempfinden entsprechenden Arbeiterrecht.

Das heutige Recht — Strafrecht sogut wie Zivilrecht — verfolgt den Zweck, das Eigentum zu schützen, wohlgemerkt, das Eigentum an irgend einer Sache, die jemand im Besitze hat. Wer einem Menschen einen Gegenstand stiehlt oder raubt, wird als Dieb oder Räuber bestraft, wer sich unter falschen Vorpiegelungen in den Besitz einer fremden Sache setzt, ist ein Betrüger, wer einem anderen Menschen die Freiheit oder die Ehre nimmt, muß sich vor Gericht verantworten — wer es aber versteht, seinen Arbeitern für möglichst niedrigen Lohn möglichst viel Arbeitskraft wegzunehmen, der ist ein feiner Geschäftsmann. Gegen Wucherer, die einem Bourgeoisjüngling „Krawatten“ anlegen, gewährt der Staat Schutz, gegen die Wucherlust eines rücksichtslosen Kapitalisten, der die Notlage seiner Arbeiter benutzt, um daraus Millionen zu gewinnen, ist der heutige Massenstaat machtlos. Alles wird heute geschützt: das materielle und das geistige Eigentum, nur die Arbeitskraft des Proletariats ist eine Beute kapitalistischer Willkür, der der Staat mit verschränkten Armen und mit der Miene eines harmlosen Kindes gegenübersteht. Darum ist auch der recht- und schutzlose Proletarier auf die organisierte Selbsthilfe angewiesen. Und auch diese Hilfe sucht ihm das Kapital unter Mitwirkung der Staatsgewalt möglichst zu erschweren.

In einigen Beispielen aus der Praxis des Arbeiterslebens wollen wir die Rechts- und Schutzlosigkeit der Arbeitskraft erläutern. Im Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich finden wir als § 302a folgende Bestimmung: „Wer unter Ausbeutung der Notlage, des Leichtsinns oder der Unerfahrenheit eines anderen... sich oder einem dritten Vermögensvorteile versprechen oder gewähren läßt, wird wegen Wuchers bestraft“, und als § 263 folgende Strafandrohung: „Wer in der Absicht, sich oder einem dritten einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, das Vermögen eines anderen dadurch beschädigt, daß er durch Vorspiegelung falscher oder durch Entstellung oder Unterdrückung wahrer Tatsachen einen Irrtum erregt, wird wegen Betrugs mit Gefängnis bestraft.“ Ein Wucherer ist darnach derjenige, der die Notlage, den Leichtsinns und die Unerfahrenheit eines anderen zu seinem Vorteil ausbeutet; als ein Betrüger muß derjenige bezeichnet werden, der durch falsche Vorspiegelungen sich einen Vermögensvorteil verschafft. Denken wir uns nun einige Fälle, wie sie im gewöhnlichen Leben sehr häufig vorkommen. Ein Arbeiter, der durch lange Arbeitslosigkeit in Not geraten ist, wird von einem Unternehmer zu einem Hungerlohn in Arbeit genommen; er muß, um seine Familie ernähren zu können, für diesen Lohn arbeiten, wäre er nicht so sehr im Druck, so würde er dem Unternehmer die Arbeit vor die Füße werfen. Offenbar beutet dieser Unternehmer die Notlage des Arbeiters aus, um sich selbst einen Vermögensvorteil zu verschaffen, er bekommt für einen niedrigen Lohn eine große Arbeitsleistung und steckt den dadurch entstandenen Ueberschuß in die Tasche. Sein Tun muß unstreitig als Wucher im schärfsten Sinne des Wortes bezeichnet werden.

Ein anderer Unternehmer tritt vor seine Arbeiter hin und kündigt eine Lohnreduktion an, indem er hinzufügt, daß derjenige, der sich diese Herabsetzung nicht gefallen lassen wolle, entlassen sei. Manch ein Arbeiter knirscht mit den Zähnen und ballt die Fäuste, am liebsten möchte er sofort seine Stellung aufgeben; aber er denkt an die große Arbeitslosigkeit und an die Schwierigkeit, anderswo Arbeit wieder zu bekommen; Ersparnisse hat er nicht gemacht und seine Familie will leben. Was bleibt ihm also übrig, als in den saueren Apfel zu beißen und für einen niedrigen Lohn weiter zu arbeiten? Der Unternehmer erspart jeden Tag ein paar hundert Mark, während der Arbeiter sich den Hungerriemen fester anschnallen muß. Darf man diesen Unternehmer nicht mit Recht einen Wucherer nennen? Nicht minder auch ist es Wucher, wenn die Unternehmer sich zu Organisationen zusammenschließen, um die Löhne der Arbeiter zu drücken und die Warenpreise hinaus zu schrauben. Diese Brandstiftung der großen Masse des Volkes, die den Kapitalisten Millionen und abermals Millionen in den Schoß wirft, muß als ein Wucher schrecklichster Art bezeichnet werden. Vom Standpunkte der Gesellschaftsmoral aus kann ein solches volksfeindliches Treiben garnicht scharf genug gebrandmarkt werden, strafrechtlich läßt sich nichts dagegen tun, da die heutige kapitalistische Gesellschaft dem Kapitalisten nicht nur das „Recht auf Ausbeutung“ gewährleistet, sondern auch in demjenigen Kapitalisten, der es am besten versteht, die Ausbeutungsschraube anzuziehen, den Typus eines tüchtigen, achtungswerten Geschäftsmannes erblickt. Bekannt ist auch, daß es die Unternehmer mit der Wahrheit nicht sehr genau nehmen und vor falschen Vorspiegelungen nicht zurückschrecken. Bei Streiks und Aussperrungen kommt es fast regelmäßig vor, daß die Unternehmer von auswärtigen Arbeitswilligen herbeiloden, denen sie allerlei unwahre Sachen vorspiegeln und denen sie vor allen Dingen die wahren Tatsachen, daß es sich um eine Lohnbewegung handelt, verschweigen oder entstellen. Ohne Zweifel nutzen sie die Unerfahrenheit der Arbeitswilligen zu ihrem geschäftlichen Vorteil aus und außerdem wenden sie betrügerische Manipulationen an — aber wo ist der Staatsanwalt, der gegen diese „schlaunen Geschäftsleute“ einschreitet?!

Um die Rechtslosigkeit der Arbeitskraft noch in anderer Weise zu beweisen, wollen wir uns auf das Gebiet der „erworbenen Rechte“ begeben. Unter einem erworbenen Rechte versteht man ein solches, das man sich lediglich dadurch erwirbt, daß man es längere Zeit hindurch ausübt, es wird auch mit dem Namen „Gewohnheitsrecht“ bezeichnet. Diese erworbenen Rechte werden geschützt, falls es sich um Kapitalisten handelt, die erworbenen Rechte der Arbeiter genießen keines Schutzes. Denken wir uns folgende Fälle: Ein Arbeiter arbeitet seit zwanzig Jahren in ein und derselben Fabrik; diese Fabrik brennt eines Nachts ab und der Arbeiter wird brotlos. Der Fabrikherr, der gegen Feuerhazard versichert ist, wird schadlos gehalten und macht noch obendrein ein gutes Geschäft. Wer entschädigt den Arbeiter dafür, daß er sein erworbenes Recht auf seine Arbeitsstelle verloren hat? Oder nehmen wir ein Etablissement, in dem 1000 Arbeiter seit Jahr und Tag ehrlich und redlich ihr Brot verdienen, eines Tages lauft der Staat das Gewese an, weil er den Grund und Boden zu öffentlichen Zwecken gebraucht; er bezahlt dem Unternehmer den Wert des Grundstücks und der darauf stehenden Gebäude; obendrein entschädigt er ihn noch dafür, daß er sein Geschäft aufgeben muß und sein „Recht auf Ausbeutung“ nicht mehr ausüben kann. Der Unternehmer hat einen feinen Schnitt gemacht und setzt sich als wohlbestallter Rentier zur Ruhe — seine 1000 Arbeiter liegen auf der Straße und laugen Hungerpfoten; kein Mensch denkt daran, sie zu entschädigen für den Verlust ihrer Arbeitsgelegenheit, ihre erworbenen Rechte sind für die Rache. Ähnlich liegt die Sache auch, wenn ein Unternehmer auf andere Weise durch ein staatliches Eingreifen sein Geschäft aufgeben muß. Als der Staat den Hausrathhandel einschränkte, fiel es ihm nicht ein, die davon getroffenen armen Teufel irgendwie zu entschädigen; als die Privatposten dem Entwicklungsbedürfnis der Reichspost zum Opfer fielen, wurden die Inhaber derselben reichlich entschädigt. Oder denken wir uns endlich noch den Fall, daß ein Arbeiter, der seit vielen Jahren in einem Betriebe beschäftigt ist,

durch Einstellung von Maschinen überflüssig gemacht und entlassen wird; infolge seiner einseitigen Beschäftigung und des herannahenden Alters findet er anderweitig keine Arbeit mehr — wer entschädigt diesen Mann für den Verlust seines wohlverdienenen Rechtes auf Arbeit? Kein Huhn und kein Hahn kräht darnach, höchstens bedauert man mit einem Achselzucken, daß wieder ein Mensch der wirtschaftlichen Entwicklung zum Opfer gefallen ist. Hier mit die Rechts- und Schutzlosigkeit der Arbeitskraft — näher der Unternehmer-Willkür recht deutlich in die Erscheinung.

Zum Schluß wollen wir noch auf einen Punkt hinweisen, der ebenfalls die Rechts- und Schutzlosigkeit der Arbeitskraft beweist. Bekanntlich steht nach § 152 der Gewerbeordnung den Besitzern der Arbeitskraft, also den Arbeitern, das Recht zu, sich zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen zu Vereinen zusammenzuschließen. Dieses gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht wird zahllosen Arbeitern dadurch illusorisch gemacht, daß die Unternehmer die Zugehörigkeit zu einer Organisation mit Entlassung aus der Arbeit bestrafen. Sie schwingen die Hungerpeitsche über ihre Lohnsklaven und zwingen die Wehrlosen, auf ihr Koalitionsrecht zu verzichten. Sie machen sich dadurch unzweifelhaft der Freiheitsberaubung und der Erpressung schuldig. Es heißt nämlich im Strafgesetzbuch § 240: „Wer einen andern widerrechtlich durch Gewalt oder durch Bedrohung zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung nötigt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 600 Mk. bestraft. Der Versuch ist strafbar.“ Und § 263: „Wer, um sich oder einem dritten einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, einen andern durch Gewalt oder Drohung zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung nötigt, ist wegen Erpressung mit Gefängnis nicht unter einem Monat zu bestrafen. Der Versuch ist strafbar.“ Das verwerfliche Treiben der Räuber des Koalitionsrechts geht unter den Augen der Staatsanwälte und der Behörden vor sich und kein Mensch schreiet dagegen ein. — Nur gegen Arbeiter werden diese gesetzlichen Bestimmungen zur Anwendung gebracht, für Unternehmer scheinen sie nicht vorhanden zu sein. Wenn irgend etwas den Charakter des Klassenstaates beweist, so ist es die ungleiche Behandlung der Arbeiter und Unternehmer bezüglich des Koalitionsrechts. Aber wie soll man den Schutz des Koalitionsrechts der Arbeiter von Leuten erwarten, die selbst alles tun, um die Ausübung dieses Rechtes zu erschweren?

Hochstehende Personen haben verschiedentlich die Behauptung aufgestellt: „Die Arbeiter sind den Unternehmern gleichberechtigt und müssen auch als gleichberechtigt behandelt werden.“ Bis jetzt haben Behörden und Unternehmer alles getan, um den Arbeitern die gegenteilige Ueberzeugung beizubringen. Deshalb muß immer und immer wieder die Forderung erhoben werden: „Schutz der Arbeitskraft, der einzigen Habe des Arbeiters, gegen die Wucherlust des Unternehmertums und die Willkür der Behörden!“

Zum Ausbau unserer Organisation.

Der Artikel in Nr. 2 des „Proletarier“ wird den Weisheit mancher Kollegen gefunden haben, schreibt Kollege S. Bousse-Braunschweig in Nr. 6 des „Proletarier“. Ich behaupte aber, daß Hannicke-Magdeburg, der Verfasser jenes Artikels, nicht nur den Weisheit mancher Kollegen, sondern daß er mit seinen Ausführungen den Weisheit der meisten Kollegen getroffen hat. Zunächst will ich nur erwähnen, daß die dem Altenburger Gau angehörenden Zahlstellen auf ihrer letzten Gaukonferenz beschlossen haben, auf dem diesjährigen Verbandstage die Einführung der Arbeitslosenunterstützung zu fordern. Kollege Hannicke-Magdeburg regte schon in Nr. 7 des „Proletarier“ vom 5. April 1902 die Frage der Arbeitslosen-Unterstützung an und jedenfalls werden wohl gleich uns die meisten Zahlstellen unseres Verbandes im Laufe des letzten Jahres Stellung dazu genommen haben. Zur Einführung der Arbeitslosenunterstützung bemerke ich, in erster Linie werden wir unsere Beiträge erhöhen müssen, denn wenn wir an unsere Kasse finanzielle Forderungen stellen, so müssen wir auch dafür sorgen, daß wir das nötige Geld in der Kasse haben, um alle an uns gestellten berechtigten Forderungen befriedigen zu können. Allerdings werden auf dem nächsten Verbandstage auch Bedenken gegen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung laut werden. Diejenige sei entgegen gehalten, daß die meisten Gewerkschaften bereits Arbeitslosenunterstützung zahlen. Wenn immer gesagt wird, wir als Fabrikarbeiter können unseres geringen Lohnes wegen keine höheren Beiträge leisten, dann sage ich, das ist nicht wahr, denn in den Tisch-Druckern Gewerkschaften sind eine Masse Fabrikarbeiter organisiert, die genau denselben Lohn erhalten wie wir. Seit November

1905 hat hier in Mitteldeutschland der Transportarbeiterverband Mitglieder aufgenommen; der Transportarbeiterverband hat fast dasselbe Statut wie wir. Außerdem zählt er Arbeitslosen- und Krankenunterstützung. Die Mitglieder zahlen monatlich pro Monat 1,75 Mark; leider sind auch einige unserer ältesten Mitglieder jenseits des Landes beizugehen. Die im Laufe vorigen Jahres an alle unsere Verbandsmitglieder verteilten statistischen Fragebogen hatten ja den Zweck, nachzuweisen, wieviel der einzelne Kollege pro Jahr verdient und wie viele Tage jeder einzelne krank und arbeitslos gewesen ist. Jedenfalls wird uns dadurch eine Unterlage geschaffen, auf der wir die Arbeitslosen- und Kranken-Unterstützung einführen können. In puncto Einführung der Kranken-Unterstützung denke ich, was z. B. der Transportarbeiter-Verband kann, das werden wir wohl auch können. Wenn immer wieder gesagt wird, wer sich gegen Krankheit versichern will, kann sich einer freien Kasse anschließen, so gebe ich das gern zu, bemerke aber, wenn man was tut, dann soll man nicht auf halbem Wege stehen bleiben, sondern ganze Arbeit machen, denn die Erfahrungen, die die Arbeiter mit den freien Kassen machen, sind nicht gerade die besten, und manch einer, der damit zu tun gehabt hat, denkt mit recht sonderbaren Gefühlen an seine „freie Kasse“ zurück. Von Idealismus und Prinzipienfestigkeit, so sogar von dem Drange, bei allen einschneidenden Verhandlungen mit zu reden und mit zu raten, merkt man bei einem großen Teile unserer Mitglieder vornehmlich wenig; ich erinnere nur an die vor zwei Jahren vorgenommene Abstimmung zur Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung, acht und sechzig Ja-Stimmen hatten es nicht der Mühe wert gehalten, sich an der Abstimmung zu beteiligen. Der größte Teil unserer Mitglieder steht unseren Verband als Unterstützungseinrichtung an. Jahrelang nehmen sie nicht die erforderliche Einsicht von unserem Statut, erst wenn sie in der Not sind, machen sie Ansprache, und dann gewöhnlich solche, zu denen sie gar nicht berechtigt sind. Und das passiert in der Regel, wenn die Leute krank oder arbeitslos sind, dann schreiben sie von uns aus und gehen in den Tisch-Dunkelrücken-Gewerksverein, dort kriegen sie Arbeitslosen- und Kranken-Unterstützung, diese Kollegen sind dann für uns verloren. Wenn wir die Kranken- und Arbeitslosen-Unterstützung eingeführt haben, dann wird sich auch Gelegenheit finden, den Versammlungs-Teilnehmern Prinzipienfestigkeit, Idealismus und damit das Solidaritätsbewußtsein beizubringen.

Rietleben. Ernst Waldheim.

Doch etwas getan werden muß, um der Agitation für unseren Verband neue Werkkraft zu verleihen, darüber werden sich wohl alle Mitglieder einig sein. Weniger einig ist man sich aber über das, was getan werden muß, weil hierbei der Selbstwille in Mitleidenschaft gezogen werden wird und derselbe bei unseren Mitgliedern am wenigsten gespielt ist. Von verschiedenen Seiten wird der Einführung von Krankengeld das Wort geredet. Gewiß sind derartige Zuschüsse nützlich, aber sie sind nicht das Erforderliche, weil sämtliche Mitglieder bereits in Orts- oder Fabrik-Krankenkassen versichert sind. Aus diesem Grunde glaube ich auch nicht, daß die Einführung solcher Zuschüsse ein allgemein zugrätliches Agitationsmittel abgeben wird. Diejenigen, die uns bis dahin fern gestanden haben, werden uns auch nicht wegen dieses Zuschusses kommen. Meines Erachtens müssen wir an die Ausfüllung der Räte gehen, an die der Staat sich noch nicht herangewagt hat; an die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung. Das Gespenst der Krankheit und Invalidität ist für die meisten Arbeiter nicht so schreckend als das Gespenst der Arbeitslosigkeit. Wenn die jetzigen Mitglieder, die auf dem Verbandstage in Offenbach und bei der Urabstimmung noch Gegner der Arbeitslosen-Unterstützung waren, sich die Erfahrungen anderer Gewerkschaften zunutze machen, so werden sie ebenfalls zu der Ueberzeugung kommen, daß die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung auch für unseren Verband durchführbar ist. Die ausschließliche Industrie heftiger Gegenseite z. B. ist die Zigaretten- und Zigarrenindustrie, die bereits nach amerikanischer Methode Sommer- und Winterbetrieb eingeführt haben, erlauben die übrigen Betriebe zum Herbst ihre Arbeiter. Und dennoch gibt es hier auch im Winter wenig Arbeitslose, da die Zigaretten- und Zigarrenindustrie in der Landwirttschaft vorgeht. Ähnliche Erfahrungen werden wohl auch andere Zigarettenhersteller gemacht haben, und wäre es wünschenswert, wenn sie diese vor dem Verbandstage zum Besten geben. Ferner könnte dem Verbandsrat dienlich sein, wenn die Gane verteuert würden, oder wenn man dies nicht, in Bezüge eintritt würden, denen man größere Bezugsweise übergibt.

Basel i. D. Karl Meise.

Soziale Mundschau.

Ein zweiter internationaler Arbeiterkongress wird, wie der Chef des schweizerischen Handels- und Industrieabteilaments im schweizerischen Nationalrat angekündigt hat, voraussichtlich im Mai 1905 zustande kommen. Es haben bereits Deutschland und Frankreich der Beteiligung zugestimmt. Das Beratungsprogramm der Konferenz steht noch nicht fest; doch soll es sich nicht nur auf das Verbot der gewerblichen Nachtarbeit der Frauen und der Verwendung von giftigen Phosphor zu Zündhölzern, sondern auch auf die Bekämpfung der Bleivergiftungsgefahr und die Regelung des Kinder-schutzes erstrecken. Der erste derartige Kongress war seinerzeit auf Anregung des Deutschen Reiches am 15. März 1890 in Berlin zusammengetreten und von Vertretern aller größeren Kulturstaaten besetzt. Er sollte sich mit der Frage der internationalen Regelung der Arbeit in gewerblichen Betrieben und Bergwerken, sowie der Herabsetzung der Frauen- und Kinderarbeit befassen. Zu bindenden Beschlüssen kam es in der Konferenz nicht, doch hatte dieselbe die Wirkung, daß die Frage des internationalen Arbeiterschutzes auf der Tagesordnung blieb. Nachdem schon im Jahre 1895 die Schweizer Regierung die Gründung eines internationalen Arbeitsamtes angeregt hatte, befaßten sich mit der gleichen Frage im Jahre 1897 die internationalen Arbeiterschuttskongresse in Zürich und Brüssel. Im Jahre 1900, gelegentlich der Pariser Weltausstellung, tagte ein neuer Kongress, auf welchem die „Internationale Vereinigung für geschlichen Arbeiterschutts“ begründet wurde.

Galizische Arbeiter in Deutschland. Auf dem Balken in Steuditz bei Dornburg an der Saale, auf dem meist ausländische Arbeiter beschäftigt werden, kam es infolge der schlechten Zustände wiederholt zu Arbeiterrevolten. Mehr als einmal rief der Besitzer, Dr. R. Frenzel, die Gendarmerie und Jenaer Polizei ins Schanze von Leben und Eigentum zu Hilfe. Wenn dann in der Presse auch die naheliegenden Ursachen der Unruhen erwähnt wurden, so wartete Herr

Dr. Frenzel mit Verchtigungen auf, die jede Schuld der Fabrikleitung in Abrede stellten und die Zustände in den rosigsten Farben malten. Nur die unhotmäßigen, unzufriedenen Arbeiter kamen dabei schlecht weg. Man ist in das Werk endlich einmal durch eine gerichtliche Verhandlung hineingeleuchtet worden. Vor dem Schöffengericht in Jena hatte sich anfangs dieser Woche der Arbeiter Wojczeta W. aus Ramia wegen Körperverletzung zu verantworten. Ueber die Verhandlung berichtet das „Jenaer Volksblatt“ am 15. Februar d. J. kam es auf dem Werke wieder einmal zu Arbeiterunruhen; eine Anzahl Galizier hatte infolge geringer Bezahlung und Kost — diese wurde vom Vorstehenden im Laufe der Verhandlung selbst als „miserabel“ bezeichnet — morgens gegen 6 Uhr sich geweigert, die Arbeit wieder aufzunehmen und verlangten die Zurückgabe ihrer Legitimationspapiere, um wieder in ihre Heimat zurückkehren zu können. Diesem Wunsch wurde jedoch nicht entsprochen und es dauerte gar nicht lange, so war zwischen den mit Knütteln herbeigeeilten Aufsehern und den Arbeitern eine Keilerei im Gange. Werkmeister Franz Sp. soll nun bei dieser Gelegenheit vom Angeklagten mit einem starken Hammer über den Kopf geschlagen worden sein, so daß eine etwa 7 1/2 Zentimeter lange Wunde entstand. Der wegen Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeuges angeklagte W. ist Galizier und ein schon älterer, schwächlicher Mann; er ist der deutschen Sprache nicht mächtig, so daß als Dolmetscher Kontorist Max S. zugezogen worden war. Der Beschuldigte gab zu, tötlich geworden zu sein, aber erst dann, nachdem er selbst mißhandelt worden ist; er habe sich jedenfalls, daß er bei Einlieferung eine große Kopfwunde besaß. Aus der Verhandlung geht hervor, daß die Leute an Bargeld täglich 1,10 Mk. erhielten, während ihnen für die Beföstigung 1,40 Mk. pro Tag in Abzug gebracht wurden. Mit diesen Bedingungen waren die Leute nicht zufrieden und namentlich wegen des Essens herrschte tiefgehender Unwille; die leidigen Verhältnisse auf dem Steuditzer Kalkwerke werden sowohl vom Vorstehenden als auch vom Vertreter der Anklagebehörde gestreift und bestätigt, daß die Behandlung nicht immer eine gute und die Verpflegung gewiß keine glänzende zu nennen wäre. Demgegenüber erhob der Werkmeister Sp. den Einwand, daß das Essen behördlicherseits wiederholt geprüft und festgestellt worden wäre, daß es jedenfalls nicht schlechter sei als beim Militär. Festgestellt wurde in den weiteren Erörterungen ferner, daß die Verpflegung durch einen jüdischen Gewerbetreibenden erfolgt; der den Renten dafür abgezogene Betrag von 1,40 Mk. ist selbst dem Amtsrichter zu hoch. Die Verhandlung endete schließlich mit Freisprechung des Angeklagten, da ihm nicht nachgewiesen werden konnte, daß er den Werkmeister zuerst geschlagen hat; im übrigen wurde angenommen, daß sich der Mann auch in einer gewissen Notwehr befunden habe.

Vom Holzmarkt. Die Holzpreise bewegen sich durchweg in aufsteigender Richtung. Auf dem ostdeutschen Holzmarkt hatte man bei Ausbruch des Krieges zwischen Rußland und Japan ein starkes russisches Angebot erwartet, da man annahm, die russischen Holzseigner würden bei dem starken Geldbedarf Rußlands geneigt sein, zu billigen Preisen ihre Rohholzbestände abzugeben. Indessen ist diese Erwartung nicht eingetroffen. Wenn auch keine Preissteigerungen eingetreten sind, so machte sich doch trotz der starken Zurückhaltung der Einkäufer kein Herabgehen des Preisniveaus bemerkbar. Gestiegen sind dagegen auf dem Rohholzmarkt die Preise für deutsches Holz. Namentlich hat die neuerdings wieder begonnene Verwendung von Buchenschwellen im Bereiche der preussischen Eisenbahnen den Preis für Buchenholz so sehr in die Höhe getrieben, daß die Branchen des Holzgewerbes, die Buchenholz verarbeiten, mit einer erheblichen Vertenerung ihres Rohstoffes rechnen müssen. Die ersten Verarbeiter von Rohholz, die Sägemühlen, sind gegenwärtig fast in allen Gegenden Deutschlands auf beschäftigt. Die Nachfrage nach Bauholz und nach Brettern ist beständig, wenn auch in Süddeutschland infolge der Konkurrenz Oesterreich-Ungarns über die Bretterpreise gestiegen sind.

Kriegsgewinne erzielen Jahr für Jahr die deutschen Solvaywerke, deren Zentrale in Bernburg gelegen ist. Die Gesellschaft hat 10 (zehn) Millionen Stammkapital in das Unternehmen hineingesteckt. Heute sind schon nahezu 33 1/2 Millionen an Reserven vorhanden. An Zinseneinnahmen weist außerdem der Bericht 513 000 Mk. auf. Der Bruttogewinn beträgt für das Jahr 1903 6 994 000 Mk. Davon kommen in Abzug die Kosten für Verwaltung durch die Zentrale Bernburg in Höhe von 665 000 Mk. Es bleibt sonach ein Netto-Reingewinn von 6 329 000 Mk. Die Löhne und die Arbeitsverhältnisse der Bernburger Solvaywerke lassen trotzdem sehr zu wünschen übrig, das hat ja die in diesem Frühjahr zum Abschluß gebrachte Lohnbewegung unserer in dem Stillbrüche des Werkes beschäftigten Kollegen wiederum bewiesen.

Vom sozialen Kampfplatze.

In Lübeck sind, wie bekannt, auf der Schiffsverft von Koch aus Anlaß des Mieterstreits sämtliche Arbeiter, über 600, ausgeperrt worden. Aus diesem rücksichtslosen Vorgehen könnten Uneingeweihte schließen, daß die Verft in der Bezahlung der Arbeiter an der Grenze des Zulässigen angekommen wäre. Dem ist indes nicht so. Die Bezahlung hier ist bedeutend niedriger, wie auf Werften außerhalb Lübecks. Das

geht auch deutlich aus einem Vergleich zwischen der Bezahlung auf der Flensburger Verft und der Lübecker Verft hervor.

Ein Vergleich der einzelnen Sätze ergibt, daß die Bezahlung in Flensburg nicht unbedeutlich höher ist. Trotzdem weigert sich die hiesige Verftleitung, die Forderungen der Mieter zu bewilligen und sperrt noch Arbeiter aus, die Forderungen nicht gestellt haben. Verhandlungen hat sie wohl mit ihren Arbeitern gepflogen, aber sie verliefen ergebnislos. Am 25. Mai waren die Vertreter der Vorstände der beteiligten Verbände in Lübeck und beschlossen, die Forderungen unter eingehender Begründung erneut einzureichen und Unterhandlungen anzubieten.

Es werden gezahlt für Außenbordnietung pro 100 Nieten

auf der hiesigen Verft:				
	Nieten in Zoll			
	1 1/2	1	3/4	5/8
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
Rielniet	6,50	6,—	5,50	5,—
Schiffsboden (sämtl. Dicken)	—	—	5,50	5,—
Seitenwand	—	—	5,50	4,25
(für Verftnieten an der Außenhaut 25 Proz. Aufschlag)				
Rimmangangschrauben in Akford ausgeführt	—	—	5,50	4,25
Schergang	—	—	5,50	5,—
Beisten und Keeling (Außenhaut)	—	—	5,—	5,—
Seitenkiel	—	—	5,—	5,—
Border- und Hinterpeal	—	—	6,50	5,—

Auf der Flensburger Verft:

Nieten in Zoll				
	1 1/2	1	3/4	5/8
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
Rielnieten	21,—	18,—	15,—	—
Rielniet	11,—	9,—	—	—
Schiffsboden (3 Dicken)	—	8,—	6,—	5,10
raum im Maschinen	—	9,—	7,—	6,10
Schiffsboden (Verftnieten sehen 3 Mk. f. 100 Nieten mehr)	—	—	—	—
Rimmangang (Anschrauben im Stundenlohn)	—	9,—	6,—	5,10
Seitenwand (Verftnieten sehen 1,50 Mk. pro 100 mehr)	—	8,—	6,—	5,10
Schergang	11,—	9,—	6,—	5,—
Beisten (Außenhaut)	—	—	—	14,—
Border- und Hinterpeal-Anschrauben im Stundenlohn und 1 Mk. mehr, als für die anderen Außenhautnieten.	—	—	—	—

Für Innenbordnieten werden gezahlt:

auf der hiesigen Verft:				
	Nieten in Zoll			
	1 1/2	1	3/4	5/8
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
Zentrierfel	—	—	5,—	—
Buglen am Riel	—	—	5,—	—
Boisplatten	—	—	5,—	—
Lankleitenwinkel	—	—	4,50	—
Lankleitenlängen	—	—	4,50	—
(Anschrauben u. Werpäden in Akford.)	—	—	—	—
Schottwinkel durch Landes	8,—	8,—	—	—
Winkel durch Schott (Grundwinkel)	—	4,—	4,—	—
Lunnel und Lunnelwinkel	—	4,—	4,—	—
Schottnieten	—	4,—	4,—	—
Schottspannen	—	5,—	—	—
Decknieten	4,—	4,—	3,50	—
Schottwinkel auf Zwischendeck (Anschrauben in Akford.)	—	4,—	3,50	—
Außenwinkel	—	4,—	3,50	—
Buten (Verftnieten)	—	5,—	5,—	—
Buglen an den Buten	—	5,—	5,—	—
Buglenleisten und Beschlag	—	5,—	5,—	—
Maßen	—	—	4,—	—
Keelingstützen	10,—	10,—	—	—

Auf der Flensburger Verft:

Nieten in Zoll				
	1 1/2	1	3/4	5/8
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
Zentrierfel	6,—	5,—	—	—
Buglen am Riel	7,—	6,—	—	—
Boisplatten	—	5,40	—	—
Lankleite	—	4,60	—	—
Lankleitenwinkel	5,70	4,60	—	—
Lankleitenlängen, Koppnieten	7,50	6,50	—	—
Verftnieten gefest	9,—	8,—	—	—
(Werpäden und Anschrauben in Bohrn.)	—	—	—	—
Schottwinkel, Nieten durch den Lant	10,—	10,—	—	—
Nieten durch das Schott	9,—	9,—	—	—
Lunnelwinkel	—	7,—	—	—
Nieten im	—	4,70	4,—	—
Schottspannen	—	6,50	—	—
Decknieten	5,—	4,—	3,40	—
Schottwinkel auf Zwischendeck (Anschrauben in Bohrn.)	—	6,50	5,40	—
Außenwinkel	—	5,40	—	—
Buten	—	6,50	5,40	—
Buglen an den Buten, 3 Dicken	—	10,—	—	—
2	—	6,50	—	—
Butenleisten und Beschlag (Stellage wird in Stundenlohn gebaut.)	—	10,—	—	—
Maßen	—	5,70	4,70	—
Keelingstützen	15,—	15,—	—	—

Die Aussperrung in Köslin hatte am 31. Mai 267 Kollegen und Kolleginnen erfasst. Die Löhne der Aussperrten schwanken zwischen 15 und 30 Pf. die Stunde. In der Mehrzahl erhalten die Kollegen 20 Pf. pro Stunde, das macht bei 11stündiger Arbeitszeit einen Wochenverdienst von 13 Mk. 20 Pf. aus. Bei einer solchen Bezahlung muß der Arbeiter geistig und körperlich verkümmern. Eine gesunde Lebenshaltung, welche Geist und Körper gesund erhält, ist dabei nicht denkbar. Der Genuß eines Glases Bier ist bei solcher Bezahlung unmöglich. Lange Arbeitszeit, schlechter Lohn, Unterernährung sind die Vorbedingungen der Schnapsfrennerei. Das sehen aber die Unternehmer in Köslin, welche an der Aussperrung beteiligt sind, nicht ein. Sind doch unter den Aussperrten sogar zwei Leiter von Brauereien. Eine bessere Lebenshaltung der Arbeiter könnte nur bewirken, daß der Bierkonsum auf Kosten des Schnapskonsums sich hebt. Diese Herren lassen sich jedenfalls

von dem Grundzuge leiten, ihr Bier dürfe nur von einigen Auserwählten in Köslin getrunken werden, sonst würden sie diese Aussperrung, bei welcher alles Unrecht auf Seiten des Unternehmertums ist, nicht mitmachen. Es wird nicht leicht ein sozial einflussreiches Unternehmertum aufzutreiben sein, als wie jenes, welches in Köslin bei dieser Aussperrung den Ton angibt. Jeder Versuch, den Konflikt durch Verhandlungen zu beenden, wird zurückgewiesen. Die Vorschläge unseres Verbandsvorsitzenden, der sowohl mit einzelnen ausgesperrten Unternehmern, als auch mit dem Vorsitzenden des Arbeitgebervereins wegen Verhandlungen in Verbindung getreten war, wurden abgelehnt, man will keine Verhandlung, man will die Arbeiter niederzwingen, vergißt aber, daß damit die Unternehmer sich ins eigene Fleisch schneiden. Dieser schroff ablehnende Standpunkt wird zur Folge haben, daß wiederum eine Anzahl tüchtiger Arbeiter, deren Inneres sich gegen ein solch elendes Sklavensystem auflehnt, Köslin verlassen werden. Außerdem sind die Arbeitgeber nicht alle finanziell so gestellt, daß sie die wirtschaftlichen Folgen einer solchen Aussperrung ohne eigenen Schaden überdauern können, und drittens geht der Gesamtheit der Unternehmer auch ein Teil der Kundshaft an die auswärtige Konkurrenz verloren. Die Kollegen sind vom besten Geiste befeuert, sie hoffen auf Sieg, wenn der Zug zu ferngehalten wird.

Ein Streik brach auf der Zutfabrik in Schiffel am Dienstag, den 31. Mai, aus. Grund schlechtes Arbeitsmaterial, bei dem es nicht möglich war, auch nur einigermaßen auf einen ausreichenden Lohn zu kommen. Da Spinner und Weber die Arbeit einstellten, so sperrte die Fabrik die übrigen aus, so daß am 2. Juni circa 1300 Personen ausständig waren. Der Lohnkommission gelang es, auf sämtliche Lohnsätze eine kleine Zulage von der Direktion zu erlangen. Allerdings winzig genug! Aber da die Kollegen und Kolleginnen die Arbeit ohne Zustimmung des Vorstandes einstellten und von der ungeheuren Anzahl Arbeiter nur ein kleiner Teil organisiert war, blieb der Lohnkommission nichts anderes übrig, als in einer am 2. Juni tagenden Versammlung die Aufnahme der Arbeit zu empfehlen. Für diesen Vorschlag traten auch die Kollegen Naahen, Lamoschus, der Gauvorsitzende Borger und der Kollege Brey ein. Trotz des von einer Seite erhobenen Widerspruches gelangte der Vorschlag zur Annahme.

Von der Agitation.

Vom 7. bis 19. Mai machte Unterzeichnete eine Agitationstour durch den Gau 1. Es wurden in den Versammlungen folgende Themas behandelt: „Die Arbeiter und Arbeiterinnen im Kampf ums Recht“, „Die Organisationspflicht der Arbeiter“, „Der Kampf der Arbeiter und Arbeiterinnen im Kampf ums Dasein“ und: „Die Frauen im Kampf ums Dasein“. Die Tage der Arbeiter in der chemischen Industrie. Versammlungen tagten in Goslar a. S., Wälzel, Seelze, Hannover, Vinden, Gainsfeld, Einbeck, Sameln, Garstedt, Reine, Sehze, Celle, Kleefeld, Nienburg und Hess.-Oldendorf. Alle Versammlungen waren gut besucht. An vielen Orten griffen Kollegen in die Debatte in sachkundiger Weise ein. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen sind durchgehend ungenügend. Unter den Stundenlöhnen kommen solche von 18 bis 28 Pf. vor. Nicht niedrige Löhne kriegt man auch unter den Kollegen an, die in der chemischen und Zementindustrie beschäftigt sind. Die Versammlungen haben zur Vermehrung der Mitgliederzahl in nennenswerter Weise beigetragen. Es ist nun Pflicht der neu gewonnenen Kolleginnen und Kollegen, mitzuwirken an dem Ausbau der Organisation, damit es vorwärts gehe allerwärts! M. W. a. W. i. G., Dresden.

Gau 2.

Am 1. Pfingsttag tagte im Gewerkschaftshaus zu Braunschweig die diesjährige Gaukonferenz. Der Gauvorsitzende, Kollege Ohlendorf, gab Bericht über die Tätigkeit des Gauverbandes im verflochtenen Jahre. Die Korrespondenz mit den Zahlstellen war umfangreich. Es haben 23 Agitations-Versammlungen und 13 Besprechungen im Gau stattgefunden. Außerdem mußten 5 Revisionen vorgenommen werden. Ren gegründet sind 4 Zahlstellen: Regenborn, Deensen, Salder und Göttingen. Eingegangen ist die Zahlstelle Elbingen. In Königslutter und Bedelbe sind Anknüpfungspunkte gefunden und wird in nächster Zeit die Gründung der Zahlstelle erfolgen. In einigen anderen Orten sind Verbindungen angeknüpft und hofft der Gauverband auf Erfolg. Zur Erledigung der Geschäfte hielt der Gauverband 11 Sitzungen ab. Im Gau sind gegenwärtig 22 Zahlstellen und an 63 Orten sind Mitglieder vorhanden. Lohnbewegungen sind in Regenborn und Schöningen inoffiziell. In Schöningen war mit Erfolg gekrönt. Auf Anregung des Gauverbandes ist in Wolfenbüttel eine Hausagitation vorgenommen, wobei 8 Braunschweiger Kollegen mitgeholfen haben, aber leider war von den Kollegen anderer Orten nur der 1. Bevollmächtigte mit dabei. In verschiedenen Orten haben die Kollegen unter den Schutten der Unternehmer und der Behörden zu leiden, so zum Beispiel in Havelberg, wo die Kollegen einen Anschlag gemacht hatten, darauf beladen die 3 Bevollmächtigten ein Strafmandat über je 60 M. Die Kollegen wurden vom Amtsgericht Havelberg kostenlos freigesprochen. In Havelberg und Eschershausen hatten die Kollegen einen Konflikt mit der Behörde, weil diese dem Streikverein die Mitgliederliste angeschlossen hatte. An die Delegierten richtete der Gauvorsitzende den Appell, künftighin alle Anfragen und Briefe pünktlich zu beantworten wie bisher. Durch mehrmaliges Schreiben in einer Sache wird dem Gauverband die Arbeit sehr erschwert. Im kommenden Jahre ist die Agitation hauptsächlich in den Ziegeleien und Zuckerrüben zu betreiben, weil dort die Löhne, Arbeits- und auch Organisationsverhältnisse wohl am traurigsten sind. Außerdem gab der Gauvorsitzende Kollege Bense den Kassenbericht. Danach ist eine Einnahme von 781,83 M. zu verzeichnen, dem eine Ausgabe von 570,56 M. gegenübersteht; es verbleibt ein Kassenbestand von 211,27 M. Der Kollege Siedenroth, der als Vertreter der Revisoren anwesend war, bestätigte die Richtigkeit der Kasse und beantragte Entlastung des Vorstandes, welche einstimmig gegeben wurde. Der Bericht des Vorstandes wurde im allgemeinen günstig aufgenommen. Der Gauvorsitzende gab dann noch bekannt, daß der Gauverband und die Zahlstelle Braunschweig sich dahingehend geeinigt haben, daß von den einzelnen Ortschaften in der Umgegend von Braunschweig, wo noch keine selbständige

Zahlstelle vorhanden ist, diese Kollegen einen Delegierten zur Gaukonferenz senden, damit er an den Beratungen teilnimmt. Dieser wurde von sämtlichen Delegierten mit Freuden begrüßt. Nach einseitiger Mittagspause gab die Mandatsprüfungskommission bekannt, daß 24 Delegierte mit Mandaten anwesend waren. Es sind vertreten die Zahlstellen Braunschweig, Schöningen, Helmstedt, Wolfenbüttel, Holzwinden, Eschershausen, Löhde, Blankenburg, Wrothem, Rattenstedt, Löhde a. S., Havelberg, Havelberg, Holzberg, Havelberg, Harzburg, Regenborn und Göttingen, nicht vertreten sind Salder und Braunschweig a. S. Außerdem waren die Delegierten aus der Umgegend von Braunschweig vertreten: Sehdorf, M.-Schöppenstedt, Moringen, Veldenhof, Olesmarode und Ribbighausen. Hierauf erstatteten die Delegierten von ihren Zahlstellen Bericht. Als erster berichtete der Delegierte aus Braunschweig, daß im verflochtenen Jahre die Mitglieder unter der lang andauernden wirtschaftlichen Krise hier am Orte schwer zu leiden hatten. In vielen Betrieben wurden Entlassungen vorgenommen, das beweist die Arbeitslosenstatistik, welche am 6. Dezember 1908 vorgenommen wurde, wo allein 598 nicht gelernte Arbeiter als arbeitslos gezählt sind. Auch sind mehrere Lohnbewegungen inoffiziell worden und meist alle mit Erfolg. Er empfiehlt, da wo es angebracht ist, Betriebsbesprechungen abzuhalten, da dabei die Arbeiter am besten zu organisieren seien. Von Folgen und Havelberg berichteten die Delegierten, daß sie kein Versammlungslokal zur Verfügung haben. Dadurch haben sie schwer zu leiden. Von Löhde berichtet der Delegierte, daß dort ein großes Arbeitsfeld vorhanden ist, es hat dort ein Eisenwerk, wo allein 5000 Personen beschäftigt werden, die jetzige Mitgliederzahl betrage 94. Die Löhde Kollegen hoffen durch eine Hausagitation ihre Zahlstelle weiter zu heben. Der Delegierte von Harzburg gibt sich auch der Hoffnung hin, daß es ihm gelingen wird, die Zahlstelle, welche in letzter Zeit sehr zurückgegangen ist, wieder in die Höhe zu bringen, zurzeit sind dort 20 Mitglieder vorhanden. Der Havelberg Delegierte will dazu beitragen, daß die Zahlstelle Elbingen wieder neugegründet wird. Die Helmstedter Kollegen beschließen eine Hausagitation vorzunehmen. Die darauffolgende Diskussion ergab, daß es hauptsächlich die stille Agitation, das Abhalten von Besprechungen ist, von denen man sich die meisten Erfolge verspricht. Aber auch größere Versammlungen sind nicht zu verwerfen, da speziell auf dem Lande die nötigen Kräfte fehlen, selbständig zu wirken. Von den Besprechungen, die gefahrt worden, sei erwähnt ein Antrag der Zahlstelle Braunschweig: Dem Verbandstag ist der Antrag zu unterbreiten, für den Gau 2 einen besoldeten Gauleiter anzustellen, event. einen Zuschuß zu gewähren. Ein weiterer Antrag von der Zahlstelle Braunschweig lautet dahingehend, der Verbandstag möge als besonderer Punkt verhandeln: „Die Stellung unserer Gewerkschaft anderen Gewerkschaften gegenüber bez. Abtreibung der Mitglieder u. s. w.“ Welche Anträge wurden einstimmig angenommen. Abgelehnt wurde der Antrag der Zahlstelle Löhde, den „Proletarier“ jede Woche erscheinen zu lassen. Der Vorsitzende verliest einen weiteren Antrag der Zahlstelle Braunschweig bez. der Arbeitslosenunterstützung. Kollege Ohlendorf sprach für den Antrag, indem er die Einführung der Arbeitslosenunterstützung für eine unumgängliche Notwendigkeit hält. Die meisten Delegierten erklärten sich für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Eine geheime Abstimmung ergab, daß 15 dafür, 4 gegen die Arbeitslosenunterstützung stimmten; die letzteren wünschten, daß dafür die Krankenunterstützung eingeführt würde. Ein diesbezüglicher Antrag der Zahlstelle Harzburg wurde abgelehnt. Unter dem Punkt: „Weiterer Ausbau des Verbandes“ machte Kollege Friede-Helmstedt den Vorschlag, von einer größeren Agitationstour Abstand zu nehmen und dafür die Agitationsversammlungen einzeln, der Zeit entsprechend, zu arrangieren. Die nächstjährige Gaukonferenz ist in Löhde im 7½ Uhr wurde die Konferenz mit einem rühmlichen Schlußwort des Vorsitzenden geschlossen.

Gau 16.

Am Pfingstsonntag tagte im Lokale des Herrn Steinmann in Dortmund die Konferenz. Anwesend waren 3 Mitglieder des Gauverbandes und 17 Delegierte. Nicht vertreten waren die Zahlstellen: Dänmwalb, Eberfeld, Wanne, Oberhausen und Warkeln. Nach der Konstituierung erhielt das Wort zum Bericht des Gauverbandes Kollege Pittman - Köln. Er führte aus, daß das letzte Jahr unter dem Zeichen der politischen Wahlen stand, deshalb sei im gewerkschaftlichen Kampfe, besonders in der Agitation, ganz notwendigerweise vieles vernachlässigt worden. Dazu stand auch das letzte Jahr noch unter der wirtschaftlichen Depression. Zwar habe die Arbeitslosigkeit in den Fabriken sich sehr gebessert, aber gänzlich nennen könne man diese heute immerhin noch nicht. Aus diesen Gründen habe denn auch die Organisation nicht solche Fortschritte gemacht, wie zu erwarten war, doch seien in verschiedenen Orten ganz schöne Fortschritte zu verzeichnen. An manchen Orten sei aber auch das Gegenteil der Fall, so z. B. in Oberhausen und Essen. Die Ursache an dem Rückgang dieser Zahlstellen ist vor allen Dingen auf Unregelmäßigkeiten zurückzuführen, da verschiedene Kollegen das ihnen geschenkte Vertrauen mißbraucht haben. Der Rückgang der Mitgliederzahl in verschiedenen Zahlstellen ist ferner darin zu suchen, daß Mitglieder anderer Organisationen, speziell des Metallarbeiterverbandes, dazu übergehen, Kollegen, die unserem Verbande beitreten wollen, davon abzuhalten. Selbst in öffentlichen Versammlungen sieht man sich nicht, diese Gefinnung zum Ausdruck zu bringen. In einer Versammlung in Wälzelheim a. Rh. wurde seitens der Vertrauensleute den Arbeitern erklärt, es sei gleich, welcher Organisation sie angehörten, nur sollten sie dem Fabrikarbeiter-Verband nicht beitreten. Ein weiteres Hemmnis ist für uns der ewige Saalmangel, besonders im Rheinland. Rein Wirt getraut sich kein Lokal herzugeben. Wo letzteres einmal der Fall war, sorgte schon die Geisteslichkeit nebst Behörde dafür, daß es nicht mehr vorkam. Wenn es nun trotzdem gelungen ist, bestehende Zahlstellen auszubauen und neu zu gründen, so beweist dieses, daß der Gauverband nichts unversucht gelassen hat, nach Kräften für den Ausbau unserer Organisations-Sorge zu tragen. Leider ist die Mitgliederzahl im Vergleich zu den Zahlstellen noch eine sehr geringe, weshalb es keinem Zweifel unterliegt, daß hier in dieser schwarzen Gegend sehr viel gearbeitet werden muß. Denn gerade hier in Rheinland und Westfalen, wo Tausende ungelerner Arbeiter zu der indifferenten Masse zählen, vertritt das Unternehmertum den Standpunkt, „Herz im Ganse“ zu sein. Neugegründet wurden 6 Zahlstellen in folgenden Orten: Kall, Eberfeld, Bruchhausen, Gelsenkirchen und Banne. Öffentliche Versammlungen fanden 37 statt. Von diesen waren 20 durch den Gauverband zwecks Gründung neuer Zahlstellen und 17 von den verschiedenen Zahlstellen arrangiert. Letztere wurden einberufen, teils um neue Mitglieder zu gewinnen, teils um Protest zu erheben wegen Maßregelung unserer Mitglieder. Auch hat der Gauverband dem Beschluß der Gaukonferenz in Essen Rechnung getragen, wonach eine weibliche Referentin eine Agitationstour durch den Gau machen sollte. Diese Tour hatte Kollege Köhler übernommen. Vorschläge mit verschiedenen gewerkschaftlichen Themen wurden durch den Gauverband 67 abgelehnt. Außerdem gibt es Zahlstellen, die selbst mit Referenten versehen sind und dadurch dem Gauverband in dieser Richtung nicht in Anspruch nehmen. Ferner sind solche vorhanden, die in der Lage sind, auf Kosten der Lokalkasse anständige Referenten zu bestellen. Betriebsbesprechungen wurden durch den Gauverbanden 13 einberufen und an 19, welche auf Veranlassung der Zahlstellen veranstaltet wurden, nahm der Gauvorsitzende teil. Son-

nige Besprechungen mit Kartellkommissionen und Vertrauensleuten fanden 7 statt. Dreimal mußte der Gauvorsitzende bei Differenzen eingreifen. Kassenrevisionen wurden 8 vorgenommen. In Sitzungen mit den Bevollmächtigten der Zahlstellen beteiligte der Gauverband sich 18 mal. In 9 Fällen wurden der Gewerbeinspektion vorhandene Mängel in Form von Briefen mitgeteilt. Der briefliche Verkehr kommt in folgenden Ziffern zum Ausdruck: 569 Briefe, 412 Karten, 12 Druckfachen, 6 Patete als Eingänge und 715 Briefe, 573 Karten, 19 Druckfachen, 2 Depeschen als Ausgänge. In der Nachmittags-Sitzung erstattete zunächst die Mandatsprüfungskommission Bericht, und wurden alle Mandate für gültig erklärt. Hierauf gab Kollege Müller den Kassenbericht. Demgemäß betrug die Einnahme 1372 M. und die Ausgabe 1327,90 M. Der Kassenbestand betrug 44,10 M. Kollege Eitel als Revisor beantragte für den Kassierer Entlastung. Unter Punkt 4, Bericht der Delegierten, wurde durch die Kollegen Mähmann (Schiffel) und Jordan (Essen) Kritik an der letzten Agitationstour geübt. In Punkt „Anträge“ liegen drei Anträge Essen vor, die Gauverband nach Essen zu verlegen, und den Sitz des Gauverbandes nach Essen zu verlegen. Ersterer gelangte zur Annahme, letzterer nicht. Ein Antrag, im Herbst und Frühjahr jedes Jahres zwei Agitationstouren durch den Gau zu machen, wurde ebenfalls abgelehnt. Der Antrag Eitel: „Die Gaukonferenz in Zukunft 2 Tage dauern zu lassen“, wurde angenommen. Ein Antrag Köln: „Sechs Wochen vor der Konferenz einen kurzen Tätigkeitsbericht im „Proletarier“ zu veröffentlichen“, wurde angenommen. Anträge des Gauverbandes: 1. Die Gaukonferenz möge zum nächsten Verbandstage beantragen, die jeweiligen Gauleiter (Beauftragte) ohne Mandat vom Verbandstag mit Stimmrecht zuzulassen, und 2. der Verbandstag möge den Vorstand ausweisen, mehr Geldmittel zur Unterstützung der kleineren Zahlstellen in Rheinland und Westfalen zur Verfügung zu stellen wie bisher, wurden angenommen. Ein Antrag Köpferberg: „Das Sachorgan jede Woche erscheinen zu lassen“, wurde zurückgewiesen. Antrag Wälzelheim a. Rh.: „Der Inhalt der jetzigen Beitrittserklärungen soll soweit erweitert werden, daß der Beitretende auf diesem Scheine den Ort und den Betrieb seiner Arbeitshätte angeben muß“, wurde auch angenommen. Ein Antrag Kall: „Der Verbandstag möge beschließen, folgenden Paragrafen in das Statut einzufügen: Eine bestimmte Summe für Seminare für statutarisch zu bestimmen und dabei Geschlecht, Familienstand und Kinderzahl der Entlassenen zu berücksichtigen“, wurde abgelehnt. Der Schlußantrag im § 6 letzter Absatz: „Mitglieder, welche zum Militärdienst einberufen werden und 14 Tage nach Ablauf der Dienstzeit sich beim Vorstand melden, erhalten die Dauer der Militärzeit als Karenzzeit angerechnet“, wird angenommen. Die Anträge Ehrenfeld: „Die Arbeitslosen-Unterstützung ist auf direktem Wege einzuführen und die Krankenunterstützung abzulehnen, und: Als Lagungsart des demnächstigen Verbandstages ist Köln a. Rh. zu bestimmen“, werden angenommen. Die nächste Konferenz wird in Wälzelheim a. Rh. abgehalten. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: Die heute in Dortmund tagende Gaukonferenz des Fabrikarbeiterverbandes bemerkt mit Genugtuung, daß der größte Teil aller Delegierten über Schikanen anderer Verbände klagt. Dieselbe legt Protest ein gegen das Vorgehen einiger Mitglieder des Metall- und Zigarbeiterverbandes und erwartet, von allen freigewerkschaftlichen Organisationen als gleichberechtigt anerkannt zu werden. Nach einem längeren gefassten Schlußwort über die Verhandlungen schloß Kollege Pittman um 8½ Uhr die Konferenz mit einem dreifachen Hoch auf unseren Verband.

Gau 19.

Am Sonntag, den 15. Mai, tagte unsere diesjährige Gaukonferenz in Schlutup im Gasthof zur Linde. Bekreteten waren bis auf die Zahlstelle Reupstall alle Zahlstellen des Gauverbandes, außerdem der Gauverband durch drei Personen. Um 11 Uhr eröffnete der Gauvorsitzende Kollege Radde die Konferenz. Der Vorstandsbericht lag den Delegierten hestographiert vor und wurde vom Vorsitzenden ausführlich ergänzt. Er wies darauf hin, daß in diesem Jahre trotz mancher Schwierigkeiten doch Erfolge zu verzeichnen sind, wenn auch eine Zahlstelle ihren Mitgliederbestand nicht auf der Höhe halten konnte, so muß andererseits konstatiert werden, daß der Gau im letzten Jahre ungefähr auf eine Zunahme von 200 Mitgliedern zurückblicken kann. Neue Zahlstellen sind nicht gegründet worden. Es sind im Berichtsjahr einige kleine Streiks zum Austrage gekommen, dabei ist nicht immer das Streikreglement innegehalten. Er wies bei dieser Gelegenheit darauf hin, daß ein Streik, wenn er Aussicht auf Erfolg haben sollte, auch gründlich überlegt und vorbereitet werden müsse. Es wurden in zwei öffentlichen und 16 Mitgliederversammlungen Referate gehalten. Die Versammlungen waren alle gut besucht. Beschwerden gegen den Gauverband wurden nicht vorgebracht. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Aus dem nun folgenden Bericht der Delegierten ist zu entnehmen, daß das Unternehmertum alle Hebel in Bewegung setzt, um den ländlichen Zahlstellen den Garaus zu machen. Katin und Bismar halten einen stabilen Mitgliederstand. Grevesmühlen i. M. hat nicht allein einen Demoschuh in dem Unternehmertum, sondern der Indifferentismus der Arbeiter selbst läßt diese Zahlstelle nicht hochkommen, es würde nach den Arbeitsverhältnissen am Orte die Zahlstelle 150 Mitglieder zählen. Die übrigen Zahlstellen haben teils größere, teils kleinere Erfolge aufzuweisen, wenn auch mit mannigfachen Schwierigkeiten gekämpft werden mußte. Die Beratung der Anträge ergab folgendes Resultat: Zunächst ein Antrag der Zahlstelle Stadelndorf, die Arbeitslosen-Unterstützung zu diskutieren. Hierüber entspann sich eine recht lebhafte und befremdende Debatte, da sämtliche Delegierte der Ansicht waren, daß eine Organisation ohne Arbeitslosen-Unterstützung nicht auf der Höhe der Zeit stünde, und wurde beschlossen, daß die Delegierten, die zum Verbandstag entsandt würden, dahin zu wirken, daß die Arbeitslosen-Unterstützung eingeführt würde. Ebenfalls fand ein Antrag Grevesmühlen Annahme, welcher besagte, der Arbeitslosen-Unterstützung Grenzen zu ziehen, daß sie nicht zur Ausnutzung der Verbandskasse führe. Ein weiterer Antrag Grevesmühlen, auf dem Verbandstage dahin zu wirken, daß der „Proletarier“ alle acht Tage oder sonst sechsseitig erscheinen möge, wurde wegen des Kostenpunktes abgelehnt. Beim Punkt „Agitation“ entspann sich eine rege Debatte, auf welche Weise wohl die meisten Mitglieder gewonnen werden könnten. Man empfahl eine sachliche Agitation von Mund zu Mund, ferner durch Verbreitung des „Wortrufs“. Außerdem wurde noch der Gauverband beauftragt, ein recht gemeinschaftliches Flugblatt für die ländliche Arbeiterbevölkerung herauszugeben und in geeigneter Zeit auch Versammlungen abzuhalten. Der Sitz des Gauverbandes bleibt in Kated. Die nächste Gaukonferenz tagt in Kated. Mit einem Hoch auf unseren Verband schloß der Kollege Radde um 7½ Uhr die Konferenz.

Korrespondenzen.

Eschershausen. In der am 14. Mai abgehaltenen Mitgliederversammlung referierte Kollege Holzappel aus Braunschweig über: „Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter und wie sie dieselbe zu verbessern.“ Redner führte den Anwesenden hauptsächlich die Verunsicherung der Steinarbeiter vor Augen, wodurch dieselben frühzeitig in den Tod getrieben würden. Trotzdem würde von den Unternehmern die Bundesratsverordnung für Steinarbeiter noch immer nicht gehalten. Reichert Beifall lobte den Redner.

Kandidaturen zum Verbandstage:
5. Wahlkreis. S. Wassermann, Schöningen.

Neue Adressen und Adressen-Veränderungen.

Borsdorf (Gau 6). Vertrauensmann Hermann Lange, Leipzigerstraße 12.
Bruchhausen. Fritz Koch, Besel, Karl-Weberstraße 17.
Coswig (Anhalt). Reiseunterstützung zählt Karl Ode, Schützenstraße 26. Wohntags abends von 7-8 Uhr, Sonntags mittags von 11-1 Uhr.
Danzig. Bruno Hartung, Baumgartische Gasse.
Eythra. Reiseunterstützung wird im Restaurant Reitmans ausbezahlt.
Husum. S. Haarmann, Adhemisstraße 128.
Kall. M. S. Oedelen, Engelsstraße 1.
Köln a. Rh. Karl Ullrich, Ferkulum 48, I.
Köpenick. Bruno Leichgräber, Amisfeld 4.
Lampertshaus (Gau 15). W. Jahl VIII, Peterstraße 18.
Magdeburg. B. Bindau, Morgenstraße 17, Hof, I.
Nienburg a. S. Paul Kleinert, Schloßstraße 10.
Osternien. Frau Wartenberg, Schulstraße 11, S. 1, II.
Radolfszell. Jakob Strölin, Büchelmannstraße 3. Reiseunterstützung mittags 12-1, abends 7-8 Uhr.
Röbeland. Joseph Wampacher, Burgstraße 10.
Schweinfurt. Heint. Richter, Banerengasse 109.
Singen. Philipp Schwender, Fabrikstraße 380.
Straßburg i. E. Stephan Schranzer, Obeder-Platz 3.
Reiseunterstützung zählt Gust. Jügen, Schleitetterstraße 44. Wohntags mittags 12-1 Uhr, abends 7-8 Uhr. Sonntags von 12-2 Uhr.

Briefkasten.

Am verschiedene Einsender von Inseraten für die letzte Nummer. Dienstags mittags 12 Uhr ist Schluß der Redaktion. Alle Einreichungen, welche um diese Zeit nicht in unseren Händen sind, können nicht zur Veröffentlichung kommen.
E. P. Wandobel. Weil er für die Öffentlichkeit nicht von Interesse war. Gruß. D. R.

Inserate.

Zahlstelle Hamburg-St. Georg.
Donnerstag, den 16. Juni, 8 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei Hommel, Nagelsweg 31.
Tagesordnung: 1. Die Anträge zum Verbandstag. 2. Kartellbericht. 3. Verschiedenes.
In dieser Versammlung werden die Jahresberichte des Kartells verteilt. Alle erscheinen.
1,35 Mk.] Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Hennigsdorf.
Unsere nächste Mitglieder-Versammlung tagt Sonntag den 19. Juni, nachmittags 4 Uhr.
Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder erwarten
0,90 Mk.] Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Rothenburgsort.
Mittwoch, den 16. Juni, abends 8 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei v. Eichen, Reginenstraße 137.
Tagesordnung: Anträge zum Verbandstag.
0,90 Mk.] Die Bevollmächtigten.

Stettin.

Sonntag, den 19. Juni, mittags 12 Uhr, im „Tiergarten“: Öffentliche Arbeiter- und Arbeiterinnen-Versammlung. Referentin: Frau Kühler = Dresden. Thema: „Scharfmacher-Zukunftskampf und die Arbeiter-Organisationen.“
1,20 Mk.] Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Uelzen.

Sonntag, den 19. Juni, nachmittags 4 Uhr: Mitglieder-Versammlung. Vortrag des Kollegen Mönien aus Hannover.
Das Erscheinen aller Mitglieder ist erforderlich.
1,05 Mk.] Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Belten i. M.

Die Zahl-Abende, welche bisher bei Paris stattgefunden haben, finden jetzt bei Robert Zehle statt. Freitag Zahlung bei P. A. Let, Karlstraße, folgenden Freitag bei Z. H. I. e. l.
0,90 Mk.] Die Bevollmächtigten.

Kreis Mainz.

Sonntag, den 12. Juni, nachmittags 4 Uhr, findet in Bretzenheim im neuerbauten Saale zum Mühlbach (Gewerkschaftshaus) das

Kreisfest

statt, bestehend in Konzert, Gesangsvorträgen und Ball. Die Festrede hält Kollege Jean Eisler = Frankfurt a. M. Eintrittspreis à Person 10 Pf. Der event. Ueberschuß ist für die Kreis-Esterkassen bestimmt.
Wir laden hierzu alle Kollegen von nah und fern freundlichst ein.
2,10 Mk.] Die Festkommission.

Meissen.

Sonntag, den 10. Juli, findet die diesjährige

Sommerpartie

statt. Dieselbe geht mit Musikbegleitung nach Nüßdorf. Abfahrt per Schiff 10 Uhr 10 Min. Man da Subpartie nach dem Elbschlösschen in Gohlis, woselbst ein Fanzchen stattfindet. Rückfahrt von Nüßdorf mit dem letzten fahrplanmäßigen Dampfer am Abend. — Ginz- und Rückfahrt pro Person 55 Pf., Musikbeitrag 20 Pf.
Die Beteiligung sämtlicher Kollegen und Kolleginnen mit ihren Angehörigen wird erwartet.
Die Mitgliedsgastgeber Weinböck, Kötz und Dresden sind ebenfalls hierzu herzlich eingeladen.
Mit tüchtig. Gruß
2,55 Mk.] Das Vergnügungs-Komitee.

Slomke's Städtebuch.

Reiseführer durch Deutschland u. angr. Länder mit Eisenbahn- u. Begeleiter, 356 Seiten, geb. 1,20 Mk. In allen Buchh. zu haben oder gegen Eins. von 1,40 Mk. bei G. Slomke's Verlag, Bielefeld.

Die Mitglieder anderer Organisationen, soweit sie auf Bauten arbeiten, haben sich den von der Bauarbeiter-Organisation gemachten Bestimmungen, welche sich auf die Bauten beziehen, in jeder Weise anzupassen.
Das Regulativ tritt mit dem 1. Juni 1904 in Kraft.
Beschlüssen in der Mitglieder-Versammlung des Fabrikarbeiter-Verbandes am 17. Mai 1904.

Unter diesen Bedingungen verpflichten sich die Mitglieder des Bauarbeiter-Verbandes, kein Mitglied des Fabrikarbeiter-Verbandes zu bewegen, in den Verband des Bauarbeiter-Verbandes oder sonst irgendwie die im Fabrikarbeiter-Verband organisierten Bauarbeiter zu belästigen.
Dieser Antrag wurde in der Mitglieder-Versammlung des Bauarbeiter-Verbandes am 20. Mai 1904 einstimmig angenommen.

Bis zum Verbandstage zahlen alle auf Bauten beschäftigten Kollegen einschließlich des Lohnbeitrages 45 Pf. und wird erwartet, daß der Verband diese Frage endgültig regeln wird.

Magdeburg. Sonntag, den 15. Mai, vormittags 11 Uhr, tagte in Bartels' Restaurant unsere Versammlung, welche zunächst die Wahl eines Delegierten vornahm. Alsdann gab Kollege Pannicke den halbjährlichen Bericht vom Gauvorstand. Er berichtete: Der Gauvorstand habe nicht von allen Zahlstellen die gewünschte Unterstützung gefunden. Eine Anzahl Zahlstellen habe die Briefe des Gauvorstandes nicht einmal beantwortet. Auch der Beschluß der letzten Konferenz, nach welcher vierteljährlich die Fragebogen eingesandt werden sollen, die Auskunft geben über Ein- und Austritt der Mitglieder usw., ist nur wenig beachtet worden. Der Beschluß, eine Agitationstour durch den Gau zu veranstalten, konnte nur zum Teil zur Ausführung kommen. Es sind 8 öffentliche Versammlungen abgehalten worden. Eine neue Zahlstelle wurde in Fernerleben gegründet. Als Referenten fungierten: Kollegin Zieh, Redakteur Albert, Nitsch, Gewerkschaftssekretär Weims und der Gauvorsitzende. Hierzu wurden 1800 Flugblätter verbreitet. Vorstandssitzungen wurden 3 abgehalten, Reisen zur Agitation waren 21 erforderlich, zur Orientierung 7, Besprechungen außerorts 6, Kassenrevisionen 2. Beteiligt haben sich an diesen Arbeiten 6 Kollegen und zwar die Kollegen Pannicke, Jäneke, Wäse, Dähms, Leising und Gorf. Es wurden dann noch Angelegenheiten erörtert, die teilweise lokaler Natur waren, oder sich mit dem nächsten Verbandstage beschäftigten.

Reihen. Eine gut besuchte Versammlung der Arbeiterinnen tagte am Mittwoch, den 26. Mai im Turmhaus. Genossin Wadmitz aus Dresden hielt einen interessanten Vortrag über das Thema: „Unsere wirtschaftliche Lage und wie wir sie verbessern.“ In fesselnder Weise schilderte sie die unwürdige Stellung der Arbeiterinnen als Lohnsklaven des Kapitalismus. An der Hand von Beispielen zeigte die Rednerin, wie das Unternehmertum immer mehr und mehr bestrebt ist, die weibliche Arbeitskraft auf Kosten der männlichen auszunutzen. Genossin Wadmitz schloß ihre Ausführungen mit der Aufforderung an die Anwesenden, sich allesamt dem Verband der Fabrik- und Hilfsarbeiter anzuschließen. Unhaltender Beifall lohnte die Referentin. Daß die Worte auf guten Boden gefallen waren, zeigte sich in der Pause, welche der Vorsitzende zum Zwecke der Aufnahme von Mitgliedern eintreten ließ. Es erklärten 46 Anwesende ihren Eintritt in den Verband. In der Debatte brachten einige Anwesende Mißstände zur Sprache, welche in hiesigen Betrieben herrschen und die von der Gewerbeinspektion beseitigt werden möchten. Nach einem kräftigen Schlußwort der Referentin und der Aufforderung des Vorsitzenden, treu zum Verband zu halten und immer neue Mitglieder zu werben, fand die vorzüglich verlaufene Versammlung ihr Ende.

Strieg an. Fortrende Löhne zahlt die Knochenmehl-, Speidmehl-, Gelatine- und Seifenfabrik, E. Freiherr von Nitzschhofen, Breckelschloß in Schlesien. In einem Schreiben der Firma, das an einen Breslauer Kollegen gerichtet ist, heißt es u. a.: „Auf Ihr Schreiben vom 7. d. M. teilen wir Ihnen mit, daß wir noch Arbeiter einstellen und nicht abgewiegt sind, Sie zu beschäftigen, wenn Sie kräftig sind, so daß Sie zeitweise Sätze bis 2 Zentnern tragen können und Ihre Frau mitarbeiten würde. Lohn erhalten Sie im Winter pro Tag 1,70 Mk. und freie Wohnung bezw. 1,80 Mk. ohne Wohnung, im Sommer vom ersten April an pro Tag 1,80 und freie Wohnung bezw. 1,90 ohne Wohnung. Die Frauen erhalten im Winter pro Tag 60 und im Sommer pro Tag 65 Pf. Die Frauen haben von 11-1 Uhr Mittagspause.“ Mit ihm scheint es, als ob die Arbeiter der Knochenmehlfabrik wirklich ihre eigenen Knochen lieferten.

Wandobel. In der Versammlung am 11. Mai wurde zunächst das Andenken des verstorbenen Kollegen Schumann in üblicher Weise geehrt. Als Delegierter zum Verbandstage wurde Kol. Bruhns gewählt. Jedermann stellt den Antrag, im Falle irgendwelche Geld bewilligt werden soll, soll es vorher auf der Tagesordnung stehen. Dies wurde aber dadurch hinfällig, daß Zimmermann einen Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung stellte, der angenommen wurde. Den Kartellbericht erstattete Schwarz. Dann macht Schröder bekannt, daß 32 Kollegen an dem Brauereiarbeiterstreik beteiligt sind. Leider sind 2 Kollegen als Arbeitswillige zu verzeichnen, nämlich Wäd und Knaack; ersterer wird sofort ausgeschlossen, während mit letzterem noch einmal Rücksicht genommen werden soll, da er eine verkappte Hand hat.

Bekanntmachung.

Die Zahlstelle Leiswig hat die Zustimmung zur Erhebung eines monatlichen Extrabeitrages von 10 Pf. von männlichen und 5 Pf. von weiblichen Mitgliedern erhalten.

Quittung.

Bei der Hauptkasse gingen seit dem 11. Mai folgende Beträge ein:
Chrenfeld 179,73. Chrenfeld 150. Ganting 5,85. Schönebeck 2,85. Basse 33,72. Rassel 50,75. Berlin 1289,78. Meiden 336. —. Hamburg-St. Georg 715,80. Freising 11,09. Ueterken 70,62. Holzen 116,77. Hameln 245,19. Petne 7,50. Nienburg a. S. 59,25. Althaldensleben 49,80. Müchendorf 25,80. Bahlungen 24,45. Mühlheim a. M. 134,62. Rheinischen 36,65. Bismarcker 33,40. Ehlingen 76,46. Wolfenbüttel 34,98. Stolzenhagen 18,50. Weismann 48,45. Dessau 456,83. Frey 146,28. GutsMuth 10,35. Thale 59,95. Jönitz 52,20. Ulm 23,25. Konstantz 69,18. Jüdisch 8. —. Reinhardt a. d. Hardt 13,65. Deberan 2,10. Anderten 77,10. Salze 183,80. Köln-Rippes 68,10. Kitzdorf 70,50. Witterfeld 31,05. Limmer 3,50. Köpenick 200,93. Gassefeld 32,03. Göttingen 100,72. Seefeld 4,20. Berlin 12,30. Oderstedt 40,35. Barmsiedt 29,60. Golditz 26,83. Büßel 109,20. Hübelsheim 100. —. Gelein 35,25.
Schluß: Dienstag, den 7. Juni, mittags 12 Uhr.
Berichtigung: In Nr. 10 muß es heißen: Sulgen 43,65, nicht Schramberg.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher.
3267. Fr. J. Herrmann, gen. Wöhr, ausgeführt in Golditz.

Am 15. Mai tagte eine öffentliche Versammlung in Heinrichshagen, worin Kollege Holzappel über daselbstige Thema referierte. Auch hier erledigte der Redner seine Aufgabe vorzüglich, indem er auch hier den Anwesenden die traurige Lage der Steinarbeiter schilderte. Nur eine frumme Organisation könne da etwas helfen. Es wurden noch die Mißstände, sowie die traurigen Löhne in den Steinbrüchen angeführt. Die Zustände sind besonders ungünstig da, wo noch das sogenannte „wilde“ Kartellregiment herrscht. Die Anwesenden wurden aufgefordert, sich der Organisation anzuschließen. Einige Kollegen kamen dieser Aufforderung nach.

Hamburg. In der Mitglieder-Versammlung am 11. Mai erhielten die Mitglieder die Broschüre: „Das wahre Christentum als Feind von Kunst und Wissenschaft“ von Kostinsky gratis ausgeliefert, und hatten sich denn 78 Kollegen eingestellt. — Die Delegiertenwahl für den diesjährigen Verbandstag in Hamburg ergab für den Kollegen Julius Rahl 69 Stimmen, die übrigen Stimmen zerstückelt. Alsdann referierte Friede über das Gewerkschaftshaus „Hamburg“. Zunächst die gängliche unbegründeten Vorwürfe, welche der Kommission von einzelnen Personen gemacht worden, zurückweisend, ging der Kollege auf die überaus vorzügliche, gewissenhafte Führung der Verhandlungen seitens der Genossen in der Kommission ein, welche keinerlei Mühe und Arbeit gescheut hätten, uns sicher zu stellen, so daß von einem nennenswerten Risiko tatsächlich kaum die Rede sein könne. — Persönliche Gemüter habe es immer gegeben, und die würden auch in unseren Reihen immer sich finden und bei einem jeden Projekte ihre Unglücksprophezeiungen vorbringen; solche Gemüter hätten uns schon etliche Male unseren selbstverschuldeten finanziellen Ruin prophezeit. Die Hamburger Arbeiterbewegung ist aber nicht bankrott gegangen, sondern immer mehr erstarkt, und so wird auch das Gewerkschaftshaus uns nicht zum Schaden gereichen, sondern, wenn wir alle nur wollen und wie es unsere Pflicht ist, mit ganzer Energie für unser Gewerkschaftshaus eintreten, wird es ein Segen für die Gewerkschaften in Hamburg werden, und auch der Partei wichtige Dienste zu leisten imstande sein. — Mehrere Redner äußerten sich in zustimmendem Sinne und die Versammlung stimmte einstimmig der Aufforderung des Vorsitzenden zu, in jeder Weise der Sache des Gewerkschaftshauses förderlich zu sein. — Dann wurde der Beschluß des Mitgliedestages einstimmig beschlossen auf Grund § 7a und b unseres Verbandsstatuts.

Sirahberg. Am 28. Mai ereignete sich hier ein furchtbarer Unglücksfall. Auf der Sonntags-Dampffähre wollten der Kesselheizer Kuppe und der Brettschneider Boith den Kessel reinigen und von innen austheeren, als plötzlich die Lampe ausfiel und Feuer entzündete. Sie riefen um Hilfe. Der achtzehnjährige Arbeiter Beer stieg in den Kessel, um beide zu retten. Es gelang ihm dies aber nicht. Alle drei verbrannten. Kuppe und Boith waren verheiratet und Familienväter.

Kattowitz (O-Sch). Am 29. Mai tagte hier im Gewerkschaftshaus eine Versammlung der Einzelmitglieder. An Stelle des wegen seiner Tätigkeit für die Arbeiterfrage inhaftierten Vertrauensmannes Trabalsky leitete der Redakteur Grzeskowiak die Versammlung, welche sich mit dem nächsten Verbandstag beschäftigte. Der Kollege Golek aus Kösnigsbütze forderte den Ausbau des Unterhaltungswezens in unserer Organisation, besonders Gemäßung von Krankenunterstützung. Jępernick-Sawewicze schilderte die Lage des ober-schlesischen Arbeiters und betont, daß für Ober-schlesien seitens des Verbandes mehr getan werden müsse in Punkte Agitation; am besten wäre es, man schaffe für Ober-schlesien einen selbständigen Gau. Zankende seien, wie schon Golek betonte, hier zu gewinnen für den Verband, aber ohne Mittel lasse sich schlecht agitieren. Kollek schließt sich diesen Ausführungen an und fordert einen Delegierten aus Ober-schlesien, da ein Auswärtiger die Bedürfnisse von Ober-schlesien wenig oder gar nicht kenne. Dieser Vorschlag wird mit Beifall aufgenommen, und trotz der Schwierigkeiten, welche ein Besuch des Verbandstages macht, erklärten sich die Gen. Grzeskowiak und Golek bereit, im Falle der Wahl dies Mandat anzunehmen. Die Wahl erfolgte durch Stimmpettel und werden zu Kandidaten die Obgenannten nominiert. Es wurden dann noch verschiedene Anträge für den Verbandstag beraten.

Lampertshaus. Eine öffentliche Versammlung tagte am 29. Mai im „Kronprinzen“. Der Kollege Benz referierte über Wert und Nutzen der Organisation. Der Referent und nach ihm alle Redner sprachen sich dahin aus, daß die Anwesenden der Organisation sich anschließen, überhaupt dahin trachten müßten, daß die Gewerkschaft so ausgebaut werde, daß sie mit Nachdruck die Interessen und Rechte der Arbeiter wahren kann. Besonders in Lampertshaus ist eine Wahrung der Arbeiterinteressen so angehenz voranzutreiben.

Lebeck. Die verschiedenartigen Kämpfe, welche sich hier zwischen Kapital und Arbeit abspielen, brachten es mit sich, daß eine Anzahl unserer Kollegen vom Unternehmertum auf Grund der schwarzen Listen angehängert wurden, weil sie in Fabriken keine Beschäftigung fanden. Sie arbeiten nur auf Bauten. Ein anderer Teil unserer Kollegen ist nur einen Teil des Jahres auf Bauten, den anderen Teil aber auf anderen Betrieben beschäftigt. Um diese Mitglieder, welche ganz und vorübergehend auf Bauten beschäftigt, aber bei uns organisiert sind, drehten sich in den letzten Wochen heftige Auseinandersetzungen zwischen uns und der Bauarbeiterorganisation; zuletzt griff auch noch das Kartell ein, welche mit der Annahme folgenden Regulativs ihren Abschluß fanden. Das Regulativ soll gelten, bis in dieser Frage zu erwartende Beschlüsse des Verbandstages in Kraft treten.

Regulativ.

Bestimmungen für die Gewerkschaften, soweit deren Mitglieder auf Bauten beschäftigt sind.
Die Gewerkschaften unterrichten sich gegenseitig:
a) über Mitglieder, welche wegen Schulden gestrichen wurden,
b) über Mitglieder, welche wegen zu hoher Beiträge ausgetreten sind,
c) über Mitglieder, welche wegen Vergehens gegen Verbandsinteressen ausgeschlossen sind.
Die unter Punkt a, b und c fallenden Mitglieder sind in ihrer Gewerkschaft anzunehmen, jedoch an ihre Organisation zurückzuweisen.
Kritiken Mitglieder von der einen zur anderen Organisation über, so ist solches nur statthaft, wenn die Betroffenen sich vorher bei dem Vorstande ihrer Organisation abgemeldet haben.
Bei Aufnahme von Mitgliedern ist streng darauf zu achten, daß dieselben zur Zeit der Aufnahme auch in dem Bezirke tätig sind, welchen die Organisation vertritt.
Stelle sich innerhalb vier Wochen nach der Aufnahme bei Mitgliedern heraus, daß dieselben auf Grund falscher Angaben in eine nicht zugehörige Organisation aufgenommen sind, so sind dieselben an die betreffende Organisation zu verweisen. Die in Frage kommende Zeit wird den Mitgliedern angerechnet.
Da der durchschnittliche Wochenbeitrag für Bauarbeiter 40 Pf. beträgt, so ist ein ähnlicher Beitrag von den Mitgliedern anderer Organisationen, soweit sie auf Bauten arbeiten, für diese Zeit zu erbringen. Die dazu nötige Erntsteuer verbleibt in Händen der betreffenden Organisation.
Über die zu erhebende Erntsteuer verfahren sich die Ortsorganisationen gegenseitig und wird die Kontrolle von den Delegierten der Bauarbeiter auf den Bauten ausgeübt.